

**HESSISCHER LANDTAG**

15. 12. 2015

Plenum

**Änderungsantrag
der Fraktion der FDP**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2922 zu Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307**

Inhalt des Antrags: **Kürzung bei der einseitigen Umsetzung des
Energiegipfels**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 05 Allgemeine Bewilligungen Wirtschaft und Technologie
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 25
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Energie

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	16.758,0	-16.758,0	0,0
Produktabgeltung	16.758,0	-16.758,0	0,0

Der Liquiditätsbedarf 2016 wird von 10.500.000 EUR um 5.758.000 EUR auf 4.742.000 EUR verringert.

Verpflichtungsermächtigungen:**Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2017	6.500.000	-6.500.000	0
Verpflichtungsermächtigungen 2018	3.500.000	-3.500.000	0
Verpflichtungsermächtigungen 2019	1.000.000	-1.000.000	0
Gesamtverpflichtung	11.000.000	-11.000.000	0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Umsetzung des Energiegipfels durch die Landesregierung erfolgt einseitig auf Windkraft ausgerichtet. Das vorliegende Produkt beinhaltet u.a. Akzeptanzkampagnen, die von Seiten der Wirtschaft und nicht der Politik erfolgen sollten. Außerdem beinhaltet das Produkt investive Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Da diese jedoch massiv über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden, ist eine zusätzliche Förderung mit Steuergeldern nicht nachvollziehbar. Zur Einhaltung der Schuldenbremse wird im Einzelplan 07 ansonsten empfindlich in

Investitionsförderungen und beim Landesstraßenbau gekürzt. Das Ministerium sollte daher eigene politisch ideologische Spielwiesen nicht aufbauen.

Wiesbaden, 15.12.2015

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

Florian Rentsch